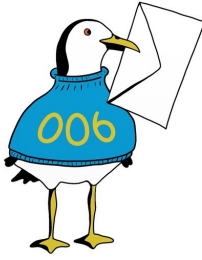


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

die Infektionszahlen gehen zurück, die Anzahl geimpfter Personen in Deutschland steigt: Allein in der letzten Woche wurden an einem einzelnen Tag über 1,3 Millionen Impfdosen verabreicht. Trotz alledem dürfen wir nicht unvorsichtig werden. Auch Bundesländer, deren Inzidenz bei unter 100 liegen, müssen Öffnungen und Lockerungen mit Bedacht und Fingerspitzengefühl durchführen. Das trifft auch auf Befreiungen für Geimpfte und Genesene oder auf die mögliche Einführung eines digitalen Impfausweises zu.

Während es also hinsichtlich der Corona-Lage bei uns in Deutschland positiv und erfreulich aussieht, kam es in der vergangenen Woche zu schrecklichen Szenen in Israel: Nach Auseinandersetzungen im arabischen Jerusalemer Stadtviertel Scheich Dscharrah und auf dem Tempelberg, begannen die Hamas und der islamische Dschihad in Palästina ab dem 10. Mai um 18 Uhr Israel vier Tage lang mit Raketen zu beschossen; am Ende waren es an die 1.800 Raketen.



Zwar wurden viele der abgeschossenen Raketen durch das israelische Raketenabwehrsystem Iron Dome abgefangen, doch nicht alle: Unter israelischen Zivilisten kam es zu tragischen Opfern. Grundsätzlich gilt: Wer angegriffen wird, hat das Recht auf Verteidigung. Israel muss seine Kräfte mobilisieren, um die Angriffe abzuwehren und zu zeigen, dass es gegen die Aggressionen kein Zurückweichen gibt! Daher ist es noch beschämender, wenn der deutsche Außenminister beide Seiten zur Deeskalation aufruft – ganz so, als handle es sich um den Streit zwischen zwei Halbstarke, der nur mit etwas Besinnung beizulegen sei. Nein, hier geht es um die Existenz eines Landes, das von Feinden umgeben ist. Mag man zu einzelnen Fragen der israelischen Politik stehen wie man will, sein Existenzrecht ist anzuerkennen und daran ist nicht nur in der deutschen Presse, sondern auch auf internationalem Parkett festzuhalten.



Die Eskalation in Nahost hat darüber hinaus auch innenpolitische Probleme bei uns zutage gefördert: Hunderte demonstrieren in deutschen Straßen, nicht nur etwa um gegen israelische Politik zu demonstrieren, sondern um ihren Hass auf Juden öffentlich zu machen. Gegen jeden Antisemitismus muss hart vorgegangen werden. Zu lange wurde der Fokus auf deutschen Antisemitismus gelegt, nur um leidlicherweise jenen von Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten zu übersehen oder zu verkennen.

Hier darf es kein Weichen geben! Wenn Menschen vor Synagogen demonstrieren, demonstrieren sie nicht gegen israelische Politik, sondern Juden; und dann sind sie schlicht Antisemiten. Das muss uns klar sein und da darf es von unserer Seite aus kein Weichen geben! Und genau so, wie Millionen an Steuergeldern im Kampf gegen Rechtsextremismus investiert werden, darf es uns nicht zu teuer sein, auch dort gegen

Antisemitismus vorzugehen, wo er sich vermeintlich mit dem Konflikt in Westasien bemängtelt.

Im Bundestag wurden diese Woche über zwei Dutzend von Gesetzen abschließend beraten. Kein Wunder, bewegen wir uns mit dem Ende der drittletzten Sitzungswoche in dieser Legislaturperiode auch auf das Ende ebendieser zu.

Daher arbeiten wir auch an weiteren wichtigen Gesetzen, um noch Verbesserungen einbringen zu können. Hier kann ich nur einige Bereiche nennen: Es ging um die innere Sicherheit in Form des Verfassungsschutzes und der Bundespolizei, um den Finanzbereich, die Modernisierung von Betriebsräten, die Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und um eine bessere Betreuung von Grundschulkindern am Nachmittag.



Die Woche im Bundestag

Kunst und Nachhaltigkeit

Am Mittwochmorgen traf ich mich mit Vertretern des Fonds Ästhetik und Nachhaltigkeit und der Konrad-Adenauer-Stiftung, um diese miteinander bekannt zu machen und um eine mögliche Zusammenarbeit auszuloten. Genauer geht es dem Fonds Ästhetik und Nachhaltigkeit darum, dass die Kunst als Mittelglied zwischen wissenschaftlicher Nachhaltigkeitsforschung und der Öffentlichkeit dienen soll. Hierfür habe ich mich angeboten, den Kontakt zur Stiftung der CDU herzustellen, die über eine eigene Abteilung Kultur verfügt und hier künstlerische und kreative Köpfe sowie Projekte fördert. Ich bin gespannt, ob es hier zu einer gemeinsamen Arbeit kommen und die Kunst so einen wichtigen Beitrag bei der Überwindung bestehender und zukünftiger Herausforderungen in der Umwelt- und Klimakrise leisten wird.

Schiffsoffensive bei der Deutschen Marine

Die Sitzung des Arbeitskreises Küste stand diese Woche ganz im Zeichen der Deutschen Marine. Denn diese befindet sich derzeit in der größten Beschaffungsphase ihrer Geschichte – und das ist dringend notwendig, wie der Generalinspekteur der Marine und Vizeadmiral Kay-Achim Schönach erst vor kurzem in Rostock klargemacht hat.



Der jahrzehntelange Sparkurs der Bundeswehr betrifft selbstverständlich auch die Marine: Fehlende oder nicht einsatzbereite Schiffe und Nachwuchssorgen plagen unsere Seetruppe. Und so sind zwingend Investitionen in neue Schiffe notwendig, um unsere Seestreitkräfte weiterhin funktionstüchtig zu halten und auf Krisenszenarien entsprechend zu reagieren.

Bei unserem Treffen ging es dann vor allem um einen Lagebericht der Beschaffungsmaßnahmen und der logistischen wie finanziellen Kapazitäten der Bundeswehr. Das zweite Thema war dann, welche Bedeutung die Beschaffungsmaßnahmen der Marine für unsere norddeutschen Häfen haben könnte. Es wird sich noch zeigen, in welchem Umfang die Modernisierung und Aufrüstung erfolgen wird, bevor sich genaueres sagen lässt.

Die Woche im Plenum

Der Jahresbericht 2020 der Wehrbeauftragten

Im letzten Jahr haben wir mit Eva Högl eine neue Wehrbeauftragte des Bundestages gewählt, die in der letzten Woche nun ihren ersten Tätigkeitsbericht vorgelegt hat. Umfangreiche Kräfte der Bundeswehr waren vor allem in Amtshilfemaßnahmen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie in den Auslandseinsätzen gebunden.



Hinsichtlich der Personalangelegenheiten löste die Entscheidung des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr, die Auswahl zur Übernahme in das Statusverhältnis eines Berufssoldaten pandemiebedingt nicht durchzuführen, für Unmut bei den betroffenen Soldaten. Für manche Soldaten bedeutet das nämlich Ungewissheit hinsichtlich der eigenen Zukunft in der Truppe.

Unverändert kritisch bewertet wird die überlange Dauer von gerichtlichen Disziplinarverfahren und die damit zusammenhängenden laufbahnrechtlichen Nachteile sowie psychische Belastungen für die Soldatinnen und Soldaten.

Die Bundeswehr in Westafrika

Mit gleich zwei Anträgen haben wir uns in dieser Woche mit den Bundeswehreinsätzen im westafrikanischen Land Mali beschäftigt.

Zum einen mit der verlängerten Beteiligung unserer Jungs an der Mission MINUSMA bis zum 31. Mai 2022. Dabei handelt es sich um eine Stabilisierungsmission, die der Sicherung des Friedens sowie der Unterstützung beim Wiederaufbau des malischen Sicherheitssektors und dem Schutz der Menschenrechte dient.



Die Mission der Vereinten Nationen MINUSMA arbeitet eng mit der EU-geführten Mission EUTM Mali zusammen. Die Bundeswehr unterstützt MINUSMA vor allem durch Aufklärungseinsätze sowie logistische Unterstützung beispielsweise durch den Lufttransportstützpunkt in Niamey, Niger. Das Mandat umfasst jedoch nicht die Teilnahme an Operationen zur Terrorismusbekämpfung. Die Bundeswehr fungiert als Anlehnation für Beiträge weiterer multinationaler Truppensteller. So sind etwa Soldaten aus Belgien, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz in das deutsche Kontingent integriert. Die personelle Mandatsobergrenze bleibt unverändert bei 1.100 Soldaten.

Eine weitere Mission in Mali, an der die Bundeswehr beteiligt ist, ist der Einsatz im Rahmen der EU-Mission EUTM in Mali, deren Verlängerung wir in dieser Woche bis zum 31. Mai 2022 beschlossen haben. Schwerpunkt des deutschen Beitrages zu dieser Mission bleiben weiterhin Ausbildung und Beratung der malischen Streitkräfte.



Das Einsatzgebiet der Mission reicht über das Staatsgebiet Malis hinaus und beinhaltet auch die übrigen vier Staaten der G5-Sahel (Burkina Faso, Mauretanien, Niger, Tschad).

Die personelle Obergrenze des Mandats wurde von uns von 450 auf 600 Soldaten erhöht.

Vom Transsexuellen- zum Selbstbestimmungsgesetz?

Einiges Aufsehen, zumindest in den sozialen Netzwerken, erregte diese Woche die Abstimmung über das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz, das als Entwurf vonseiten der FDP und der Grünen eingereicht wurde. Im Kern geht es dabei um die Frage, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit eine Person eine Geschlechtsänderung in ihrem Personenstand vornehmen kann. Während das veraltete Transsexuellengesetz hierfür eine Expertenbefragung der Betroffenen mit vielen auch sehr intimen und beschämenden Fragen vorsieht, wollten FDP und Grüne solche Befragungen restlos streichen.

Nun hat uns diese Frage auch in der CDU/CSU-Fraktion beschäftigt. Denn klar steht: Das Transsexuellengesetz muss geändert, wenn nicht ganz ersetzt werden! Dank des Transsexuellengesetzes müssen Personen, die ihr Geschlecht offiziell ändern wollen, entwürdigende Fragen etwa über ihre sexuellen und modischen Vorlieben sowie ihr Masturbations- und Sexualverhalten beantworten. Abgesehen von der degradierenden Art dieser Fragen, ist es wenig ersichtlich, was das den Staat angeht.



Nun, was spricht gegen das Gesetz? Was hat meine Fraktion und schlussendlich mich daran gehindert, hier unsere Ja-Stimmen abzugeben? Es ist der schlichte Sachverhalt, dass die bestehenden Regelungen zwar zu aufdringlich, in weiten Teilen unnötig und zu invasiv sind, es aber ohne objektive Kriterien, anhand derer der Personenstandswechsel in diesem Fall festgestellt wird, schlicht nicht geht. Es gibt genügend andere Gesetze, die das Geschlecht betreffen: Etwa die vielen und wichtigen Frauenförderungsgesetze oder die Wehrpflicht. Hier wäre es fatal, würden wir diese mit dem Selbstbestimmungsgesetz umgehen und aushebeln.



Und auch Willkür und Missbrauch wären Tür und Tor geöffnet: Männer könnten sich Zugang zu Frauenschutzzräumen suchen und jede Sanktion umgehen, indem sie einigermaßen glaubhaft behaupten würden, sie seien Frauen. Wir müssen hinsichtlich des Transsexuellengesetzes Verbesserungen einführen und es den Betroffenen leichter machen, die Menschen sein zu können, die sie sind. Aber wir müssen auch die Ansprüche der Rechtsstaatlichkeit und des Gemeinwohls mitbeachten.

Das muss in der kommenden Legislaturperiode ganz weit oben auf unserer Prioritätenliste stehen. Aber der Dringlichkeit muss auch die Sorgfalt entsprechen. Und ich hoffe, mich hier nachhaltig mit einzubringen!

Förderung des deutschen Filmes

Auch die deutsche Filmbranche hat massiv unter der Coronapandemie leiden müssen. Hilfe hierfür haben wir bereits im vergangenen Jahr beschlossen und das deutsche Filmförderungsgesetz auf den Weg gebracht.

Wegen der erheblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die deutsche Filmwirtschaft und der hieraus resultierenden Marktverwerfungen werden



ausschließlich rechtlich und förderpolitisch zwingend erforderliche Änderungen umgesetzt. Ziel des Gesetzentwurfes ist es, die Erhebung der Filmabgabe fortzuführen und das Gesetz in ausgewählten Bereichen an aktuelle Entwicklungen anzupassen.

Die Verlängerung des Filmfördergesetzes freut mich sehr, schließlich geht es hier nicht bloß um eine Wirtschaftsbranche, die wir retten, sondern ebenso eine kulturelle Institution, die nicht nur durch Corona, sondern ebenso durch Entwicklungen in den sozialen Netzwerken zunehmend bedroht wird.

Ganztagesbetreuung in der Grundschule

Das Familien- aber auch das Berufsleben hat sich in den letzten Jahrzehnten fundamental verändert. Die klassische Rollenverteilung, in der der Mann den ganzen Tag arbeitet und das Geld nach Hause bringt, während die Frau sich mehrheitlich um die Kinder kümmert, ist in den meisten Familien nicht mehr vorhanden; Frauen sind inzwischen gleichberechtigt neben Männern am Berufsleben beteiligt.



Hierauf müssen auch die Politik und unser Bildungssystem angemessen reagieren. Daher haben wir in dieser Woche das Gesetz zur Ganztagesbetreuung in der Grundschule beschlossen. Dieses soll im Achten Sozialgesetzbuch verankert und in einem gestuften Verfahren geregelt werden. Der Rechtsanspruch beginnt mit Klasse 1 am 1. August 2026. Die Klassen 2, 3 und 4 folgen je ein Jahr später. Darüber hinaus werden Regelungen über Finanzhilfen zur Unterstützung der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände bei ihren Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote getroffen. Zudem wird eine Bundesbeteiligung an den Betriebskosten geregelt. Wir setzen damit ein wichtiges familienpolitisches Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um, das wir als Union im Wahlkampf 2017 in unserem Regierungsprogramm gefordert hatten.

Kindertagesbetreuung ausbauen



So, wie die Grundschulen besser für die Zukunft gewappnet werden müssen, müssen auch die Kindertagesstätten aufgerüstet werden. Denn der Bedarf an Plätzen für Kinder in der Kindertagesbetreuung liegt weiterhin über dem Angebot und steigt aufgrund von erhöhten Geburtenzahlen, Zuwanderung und Betreuungswünschen der Eltern weiter an.

Deshalb, und wegen der gestiegenen Anforderungen, stehen die Länder und Kommunen vor großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Platzangeboten in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege. Daher haben wir einen Antrag beraten und diskutiert, durch den die Bewilligung von Bundesmitteln in bereits laufenden Förderprogrammen bis zum 30. Juni 2022 ausgesprochen werden können. Mit einer Verlängerung der Akuthilfen wird sichergestellt, dass die bestehenden Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie über den 30. Juni 2021 hinaus gelten.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben schöne und sonnige Pfingsttage und melde mich in

drei Wochen wieder!

Ihre

Melanie Bernstein

Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

* Bildrechte: Pixabay.com

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.